

Kurzbericht

Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen

(35. - öffentliche - Sitzung am 14. August 2024)

Tagesordnung:

1. **Entwurf eines Gesetzes zum Fünften Medienänderungsstaatsvertrag und zur Änderung des Niedersächsischen Mediengesetzes**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/4428](#)

Der Ausschuss berät über den Gesetzentwurf. Er folgt dem Votum seines Unterausschusses „Medien“ und empfiehlt dem Landtag, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE

Ablehnung: AfD

Enthaltung: -

Berichterstattung (schriftlicher Bericht): Abg. Nacke.

2. **Situation von häuslicher Gewalt Betroffener verbessern - Modellprojekt „Psychosoziale Prozessbegleitung in Gewaltschutzverfahren“ fördern und umsetzen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/3662](#)

Der Ausschuss bespricht Verfahrensfragen. Einstimmig bittet er die Landesregierung, in der nächsten Sitzung zu dem Antrag Stellung zu nehmen. Mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU und der AfD lehnt er den Vorschlag der CDU-Fraktion ab, zu dem Antrag die Stiftung Opferhilfe bereits zu diesem Zeitpunkt anzuhören.

3. **Qualifizierte Leichenschau in Niedersachsen in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen einführen!**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 19/4563](#)

Der - federführende - Ausschuss kommt überein, dass die in der letzten Sitzung erbetene mündliche Stellungnahme der Landesregierung zu dem Antrag in gemeinsamer Sitzung mit dem - mitberatenden - Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung erfolgen soll. Die Sprecher der Fraktionen werden gebeten, den Termin zwischen beiden Ausschüssen miteinander abzustimmen.

4. **Gewalt gegen Einsatz- und Rettungskräfte wirksam bekämpfen und ihr präventiv begegnen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 19/3037](#)

Der Ausschuss führt die Mitberatung des Antrags unter Berücksichtigung der Anträge in den Drucksachen 19/308 und 19/3400 durch. Gegenüber dem - federführenden - Ausschuss für Inneres und Sport votiert er dafür, dem Landtag die Annahme des Antrags der Fraktionen der SPD und der Grünen zu empfehlen.

Zustimmung: SPD, CDU, GRÜNE, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: -

Ferner kommt der Ausschuss überein, dem federführenden Ausschuss einen Auszug aus der Niederschrift über die Mitberatung zuzuleiten.

5. **Einstellung der strafrechtlichen Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Hannover im Zusammenhang mit der Gehaltserhöhung für die Büroleiterin der Staatskanzlei**

Der Ausschuss nimmt die Unterrichtung entgegen und führt darüber eine Aussprache.